MARIA MUHLE

MEDIENWISSENSCHAFT ALS THEORETISCH-POLITISCHES MILIEU

In letzter Zeit lässt sich eine Hinwendung von Teilen der Medienwissenschaft zu Fragen der politischen Theorie verzeichnen. Zugleich stellen sich angesichts aktueller Entwicklungen Fragen des Politischen in besonderer Dringlichkeit. Was kann hier der medienwissenschaftliche Einsatz sein – und wodurch ist er begrenzt? Im vorigen Heft beantwortete Thomas Waitz diese Frage mit Verweisen auf theoretische wie disziplinäre Verwaltungs- und Anwendungsfallen, politische Philosophie und Selbstmanagement. Die Debatte wird fortgeführt von Maria Muhle.

Die Frage nach dem politischen Einsatz der Medienwissenschaften lässt sich aus mindestens zwei grundlegend verschiedenen Perspektiven thematisieren: Auf der einen Seite steht die Frage nach den wissenschaftspolitischen Impulsen, die mit der Durchsetzung einer neuen Disziplin und ihres Selbst- bzw. Fremdverständnisses einhergeht.[1] Auf der anderen Seite steht die Frage nach dem Bezug medientheoretischer Impulse zu denjenigen, die derzeit in der politischen Theorie oder Philosophie diskutiert werden. Während die erste, wissenschaftspolitische Frage im zeitgenössischen politikphilosophischen Jargon einer administrativ-polizeilichen Logik folgt, insofern sie bestimmte und spezifische Zuordnungen vornimmt und durchzusetzen sucht – so z. B. welche Themengebiete, Fragestellungen und Problematiken in welcher Disziplin zu behandeln sind –, wäre zu fragen, ob die zweite Ausformulierung eines Bezugs von Medien und Politik bzw. Medienwissenschaft und politischer Theorie einen genuin politischen Einsatz hat oder haben kann. Gleichzeitig – und darin liegt die Logik des Politischen begründet – wäre eine derartige «Politik der Medien» ausschließlich in Auseinandersetzung mit den Positionen einer wissenschaftspolitischen «Polizei der Medien» möglich und nicht jenseits dieser.

1 Vgl. hierzu die Debatte um das Papier des Wissenschaftsrats zur Forschung und Lehre in den Kommunikations- und Medienwissenschaften, besonders den auch von Thomas Waitz zitierten Text von Ulrike Bergermann, Media mainstreaming?, in: *Medienwissenschaft Rezensionen* 4/2007, 390–399, abgerufen unter: http://www.gfmedienwissenschaft.de/gfm/webcontent/files/positionen-bergermann-medrez.pdf (gesehen am 17.1.2014).

Politische Dichotomien

In seinem Beitrag «Medienwissenschaft. Eine politische Praxis?» hat Thomas Waitz die hier aufgerufene Differenz als Leitunterscheidung der gegenwärtigen politischen Theorie adressiert. Im Anschluss an die Konturierung der Differenz von Politischem und Politik, die zuletzt Thomas Bedorf in seinem Beitrag «Das Politische und die Politik» in dem von ihm mit herausgegebenen gleichnamigen Band vornimmt,[2] stellt Waitz die «politische Differenz» in der Hegemonietheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau neben jene Differenzen, die Jacques Rancière und Alain Badiou respektive zwischen «Politik» und «Polizei» bzw. zwischen «Politik» und «Staat» aufmachen. Zugleich wirft er ihnen vor, «Momente des Politischen» nur «gespensterhaft»[3] und unbestimmt denkbar werden zu lassen bzw. nur als auf «revolutionäre Umwälzungen» beschränkt. Hingegen geht Waitz' Appell dahin, ein «Politisches zu denken, das unterhalb solcher Ereignisse wirksam würde – etwa in mikropolitischen Praxen oder als Effekte medialer Verfahren, wie sie die Medienwissenschaft für Räume, Körper und Leben oder als Repräsentationspolitiken und Vorstellungen des Sozialen untersucht».[4] Politische Wirklichkeit sei immer dichotomisiert.

Der Vorwurf an die zeitgenössische, *qua* Dichotomisierung der politischen Realität operierende politische Theorie ist folglich doppelt: Sie könne politische Momente nur unbestimmt und konturlos denken, und sie könne sie nur als Revolution denken. Damit verfehle sie einerseits das Verlangen nach konkreten politischen Einsätzen und bewege sich andererseits nicht auf einer alltäglichen, mikropolitischen Ebene, sondern auf derjenigen revolutionärer Umwälzungen, die heutzutage scheinbar in ungreifbare Ferne gerückt sind. Das grundlegende Problem dieser entgrenzten «politischen Differenz» liegt jedoch zuletzt, so Waitz, in der Möglichkeit, sich jeweils nur auf *eines* der Felder – also entweder auf Politik, Polizei, Staat oder aber auf dasjenige, das die Hegemonietheorie das Politische nennt, Badiou und Rancière wiederum die Politik – zu beziehen. Und natürlich fällt die Wahl derer, die mit dieser politischen Theorie arbeiten, hier nicht schwer, denn gerade in einer «Sphäre eines Politischen, dessen Ausgangspunkte in der Kunst oder Kulturtheorie selbst verortet werden», beschäftigt man sich lieber mit dem Politischen (und seinen revolutionären Höhenflügen) und vermeidet die «Niederungen» *der* Politik.[5]

Politische Dissense

So richtig diese Diagnose hinsichtlich des zunehmenden Hipness-Grades politischer Fragestellungen und Problematiken in Kunst-, Kultur- und Medienwissenschaften und -praktiken ist, so ungenügend ist sie meiner Meinung nach für die Klärung der Frage, was eine Politik der Medien sein und leisten kann und

2 Thomas Bedorf, Das Politische und die Politik – Konturen einer Differenz, in: ders., Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Berlin (Suhrkamp) 2010, 13–37.

3 Vgl. Tobias Nikolaus Klass, Das Gespenst des Politischen. Anmerkungen zur ‹politischen Differenz›, in: Thomas Bedorf, Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Berlin (Suhrkamp) 2010, 303–334.

4 Thomas Waitz, Medienwissenschaft. Eine politische Praxis?, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 9, 2/2013, 168–172, hier 168.

5 Waitz, Medienwissenschaft. Eine politische Praxis?, 169. Rancière würde dieser Beschreibung einer Politik, die ihren Ausgangspunkt in Kunst und Kultur nimmt, widersprechen, da derart zwei getrennte Sphären vorausgesetzt werden, eine der Politik und eine der Ästhetik. Gerade dagegen richtet sich Rancières politische Ästhetik.

inwiefern medienwissenschaftliche Strategien und Denkfiguren nicht nur auf politische Momente in besonderem Maße reflektieren, sondern selbst politisch sein oder werden können.

Ein grundlegendes Problem der politischen Theorie ist es bestimmt, den Zusammenhang der beiden Pole jener «politischen Differenz» bzw. die «Gegensätze» zweier Felder wie Politik und Polizei bzw. Staat zu denken. Ich werde mich im Folgenden auf das politische Denken von Jacques Rancière beschränken und versuchen zu zeigen, dass zumindest dessen Entgegenstellung von Polizei und Politik gerade *keine* Dichotomie disjunkter, also sich gegenseitig ausschließender Begriffe bezeichnet. Vielmehr scheint es sich dabei um das Ineinandergreifen zweier Strategien oder, um mit Rancière selbst zu sprechen, zweier «Logiken» zu handeln: der polizeilichen Logik der Ungleichheit und der politischen Logik der Gleichheit. Diese beiden Logiken verteilen Sinnliches auf unterschiedliche Weise im Raum des Sicht- und Sagbaren: Während die Polizei spezifische Rollen mit spezifischen Personen, Orten und damit Sichtbarkeiten und Sagbarkeiten verknüpft und so eine im platonischen Sinne «harmonische» Aufteilung des Sinnlichen vornimmt, geschieht Politik in der Unterbrechung dieser Zuordnung durch die Aktualisierung einer grundlegenden, axiomatischen Gleichheit. Die «Momente» der Politik ereignen sich dabei ebenso in explizit revolutionären Zusammenhängen[6] wie in alltäglichen Szenen[7] und suspendieren jeweils eine hierarchische Aufteilung, in der z. B. die Frauen aufgrund ihrer Privatheit nicht Anteil haben am politischen Leben oder der Arbeiter keinen Anteil an der Welt des Müßiggangs. Gerade diese Entgegensetzung von Privatem und Öffentlichem, d. h. von Nicht-Politischem und Politischem ist folglich nur unter repräsentativen Gesichtspunkten zu denken. Hannah Arendt hat diese Argumentation in ihrem erstaunlichen Buch *Über die Revolution* hinsichtlich der Französischen Revolution gewendet, die sie als soziale und damit als nicht-politische delegitimiert; einzig die amerikanische Revolution ist, so Arendt, ob ihrer Freiheit von Not und damit von Notwendigkeit in der Lage, ein Politisches zu begründen.[8] Rancières Politikverständnis ist einer solchen Einschätzung diametral entgegengesetzt, insofern es nicht darum gehen kann, dass Politik etwas als nicht-politisch ausgrenzt, sondern im Gegenteil dasjenige, was gemeinhin als nicht-politisch, weil sozial gilt, in den Raum des Politischen wieder einzuführen, d. h. *als Politisches* denkbar zu machen.[9]

Insofern es sich also bei dem Gegensatzpaar Polizei und Politik gerade *nicht* um eine Dichotomie handelt, sondern, wie er formuliert, um einen *Dissens*, muss ihr Bezug als ein immanenter verstanden werden. Damit sind zwei Dinge gemeint: Erstens, dass es gerade *nicht*, wie oben bereits erwähnt, möglich ist, sich ausschließlich auf eine der beiden Logiken zu beziehen – auch und gerade nicht auf die theoriepolitisch «interessantere», nämlich die Politik; und zweitens, dass dieser unauflösbare Zusammenhang zugleich meint, dass es kein Außen der Macht gibt, keinen von der Macht (oder Polizei) unkontaminierten

6 Wie bspw. Olympe de Gouges Aussage: «Wenn die Frau das Recht hat, das Schafott zu besteigen, dann hat sie ebenfalls das Recht, die Rednertribüne zu besteigen.» Olympe de Gouges, Die Rechte der Frau und Bürgerin, in: Francesca Raimondi, Christoph Menke (Hg.), *Die Revolution der Menschenrechte*, Berlin (Suhrkamp) 2011, 54–57, hier 56, sowie Jacques Rancière, Wer ist das Subjekt der Menschenrechte?, in: Raimondi, Menke (Hg.), *Revolution*, 474–490, hier 482.

7 So in Rancières zwar aus dem erweiterten revolutionären Kontext von 1830 bzw. 1848 stammenden Beispielen der dichtenden Arbeiter bzw. des müßigen Parkettlegers. Vgl. u. a. Jacques Rancière, Ästhetische Trennung, ästhetische Gemeinschaft, in: Friedrich Balke, Harun Maye, Leander Scholz (Hg.), *Ästhetische Regime um 1800*, München (Fink) 2009, 259–277, hier 271–272.

8 Vgl. Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München (Piper) 1974.

9 Rancière kritisiert Arendts Trennung von privatem und politischem Leben, insofern damit die Frage der Politik von Anfang an neutralisiert wird: «Die Frage ist vielmehr, wo genau man die Grenze zieht, die das eine Leben vom anderen trennt. Die Politik verhandelt diese Grenze. Politik ist jene Tätigkeit, die diese Grenze erneut in Frage stellt.» Rancière, Wer ist das Subjekt der Menschenrechte?, 482.

Ort, an dem Politik ungestört geschehen würde. Vielmehr ist Politik immer nur in Auseinandersetzung mit den Strategien der Polizei denkbar, als deren Unterbrechung und Neuordnung bzw. als Neuaufteilung ihrer Elemente.

Die Kehrseite der Macht

Dass kein Außen der Macht existiert und Politik immer nur als eine immanente Auseinandersetzung mit Machtstrategien stattfindet, hat bereits Foucault gezeigt. In seiner Machtanalytik, und besonders in den Untersuchungen zum biopolitisch-gouvernementalen Regime, formuliert er diese Einsicht: Denn der zentrale Einsatz biopolitisch-gouvernementaler Strategien ist nicht so sehr, dass sie sich auf das Leben anstatt auf juridische Subjekte oder disziplinäre Individuen beziehen, sondern vielmehr, dass sie damit einen «positiven» Bezug ermöglichen, positiv in dem Sinne, dass die Machtstrategien die lebendigen Kräfte der Bevölkerung aufnehmen und zu ihrem Leitmotiv machen: Dabei geht es nicht darum, eine Machtpolitik zu bestimmen, die qua vitalistischer Impulse zu sich käme, sondern vielmehr die Funktionsweise einer Macht zu beschreiben, die die Dynamiken eines als «positiv», «vital», «lebendig» bestimmten Lebens imitiert, um so in ihrer Ubiquität positiv, und nicht repressiv, zu erscheinen.[10]

Meine These wäre nun, dass Rancière gerade *nicht* hinter diese Einsicht zurückfällt und dass sein Begriff der Politik, den er im Gegensatz zu Foucault einführt, nicht jenseits von Macht (oder Polizei) ent- und bestehen kann. Denn der Rancière'sche Begriff der Politik ist der Foucault'schen Logik der Macht entlehnt, er bezeichnet seine Kehrseite. Und insofern überrascht es auch nicht, dass Foucault gerade in einem Interview mit Rancière aus dem Jahr 1976 diese Einsicht im Zusammenhang seiner Überlegungen zum Begriff der Plebs oder des Plebejischen als widerständiges – politisches – Moment formuliert: Es gibt, so Foucault, «etwas Plebejisches» in allen Klassen und Gruppen der Gesellschaft, das verschiedene Formen, Ausbreitungen, Energien annehmen kann. Folglich ist dieses plebejische Etwas nicht das Außen der Machtbeziehungen, sondern «ihre Grenze, ihre Kehrseite, ihr Nachhall *[contrecoup]*» – Widerstand und Macht sind aufs Engste miteinander verbunden: Das Plebejische antwortet auf jede Bewegung der Macht mit einer Gegenbewegung und motiviert dadurch zugleich jede neue Entwicklung derselben. Die Macht als vielförmige Produktion von Herrschaftsbeziehungen wird notwendig begleitet von einem ebensolchen Netz aus Widerständen, die umso wirksamer sind, je enger ihr Ursprung an die Entwicklung der Macht gekoppelt ist: «Der Widerstand gegen die Macht braucht nicht von anderswoher zu kommen, um wirklich zu sein, aber er sitzt auch nicht in der Falle, weil er der Weggefährte der Macht ist.»[11] In diesem Sinne muss auch die leidige Annahme zurückgewiesen werden, Foucault selbst würde den Widerstand in jene «Körper und Lüste» verlegen, die sich den Machtrelationen entziehen würden, wie dies in den

10 Dass es Foucault nicht um die Bestimmung einer solchen Dynamik des Lebens geht, sondern dass auch hierin bereits eine Strategie der Biomacht zu erkennen ist, hat er nicht nur in der Herausarbeitung der Historizität des Lebens in *Die Ordnung der Dinge*, sondern auch in der daraus resultierenden Beschreibung gouvernementaler Machtstrategie gezeigt.

11 Michel Foucault, Mächte und Strategien [1977], in: ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, Band III, 1976–1979, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 2003, 538–550, hier 542, 547.

Untersuchungen der Selbstpraktiken und der Ästhetik der Existenz zum Ausdruck käme. Es mag sein, dass Foucault mit dieser Möglichkeit kokettiert hat, mit seiner Machtanalytik ist sie hingegen inkonsistent, und es ist das Verdienst der neueren Foucault-Forschung v. a. im Bereich der Gouvernementalitäts-Studien, genau dies gezeigt zu haben, nämlich dass Selbstregulierung auch im Sinne der Selbsttechniken sich in keiner Weise der Fremdregulierung entzieht, sondern vielmehr zu deren integralem Baustein wird.[12]

Für eine Politik der Medienwissenschaften

Nun bleibt natürlich zu Recht zu fragen, was eine solche zeitgenössische politische Theorie für die Medienwissenschaften leisten kann, und zwar derart, dass bspw. die Frage nach dem «Medienkonsum der Jugendlichen» oder der sogenannten «bildungsfernen Schichten» eine politische Frage (und keine polizeiliche bzw. nicht ausschließlich ein Problem eines «technischen Politikverständnisses») ist. Denn darin besteht gerade der politische Anspruch Rancières, der besagt, dass es keine besseren und schlechteren politischen Fragestellungen gibt, dass die Frage nach dem Medienkonsum bildungsferner Schichten nicht weniger politisch sei als diejenige nach den gegenwärtigen Krisen des neoliberalen Kapitalismus. Gerade das hieße, einen Gegensatz zwischen großen und kleinen politischen Ereignissen, zwischen «revolutionären Momenten» und Mikropolitik wieder einzuführen, der von Waitz zu Recht kritisiert (jedoch Rancière zu Unrecht unterstellt) wird. Diese Benennung von etwas als großes historisches Ereignis ist damit nicht zuletzt eine polizeiliche Strategie moderner Geschichtspolitik.

Politik entsteht also in Momenten der Um- oder Neuordnung bestehender Rollenverteilungen, in Momenten des Unvernehmens, wie Rancière es paradigmatisch am Dissens zwischen Patriziern und Plebejern auf dem Aventin gezeigt hat.[13] Politik aktualisiert folglich das grundlegende Prinzip des ästhetischen Regimes, dasjenige der Gleichgültigkeit. Dieses besagt, dass alles in jeder Form und von jedem gesagt, gezeigt und geschrieben werden kann, und zwar zugleich ästhetisch wie politisch. Dass also etwas nicht nur nicht der Darstellung unwürdig sei, sondern dass es auch keine festgeschriebenen Regeln gebe, die bestimmten, was wie am besten gesagt werden dürfe oder sollte und wie etwas nicht gesagt werden könne, so wie es die klassischen Gattungspoetiken genauso wie die repräsentative hierarchische Politik vorgeschrieben haben.

Diese Logik, so würde ich abschließend gerne vermuten, ist eine, die das Feld der Medienwissenschaften grundlegend bestimmt, und zwar insofern, als diese im besten Sinne «disziplinenübergreifend» funktionieren. Medienwissenschaften sind anti-, trans- oder interdisziplinär, insofern sie nicht allein die Frage nach den Einzelmedien stellen. Vielmehr erfährt der Medienbegriff in der Diskussion um seine «Offenheit» eine Neukodierung im Sinne eines Begriffs des «Milieus» – und zwar als ein theoretisches Milieu für die

12 Vgl. u. a. Thomas Lemke, Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt / M. (Suhrkamp) 2000, sowie Ulrich Bröckling, *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt / M. (Suhrkamp) 2007.

13 Jacques Rancière, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt / M. (Suhrkamp) 2002, bes. Das Unrecht: Politik und Polizei, 33–54.

Fragestellungen anderer, klassischer Disziplinen, wie diejenigen der Literatur- und Filmwissenschaften, der Kunstgeschichte, Philosophie, Politikwissenschaften und Soziologie sowie in letzter Zeit vermehrt auch des Rechts und der Wissenschaftstheorie (mit der die Medienwissenschaft den Milieubegriff teilt).[14] Mit der Absage an die modernistische Medienspezifik, im Sinne eines Clement Greenberg, verkörpern die Medienwissenschaften die Infragestellung einer repräsentativen und disziplinären Zuordnung der Problematiken, ohne deswegen die Ab- oder Auflösung der klassischen Disziplinen zu fordern oder für richtig zu halten. Vielmehr besteht die Chance der Medienwissenschaften gerade darin, dass sie eine Art Remedialisierung verschiedener Fragestellungen und Problematiken vornehmen, die allein in einer Disziplin möglich ist, die keine Disziplin, sondern «alle» Disziplinen ist.[15] Der Streit um den Medienbegriff und die Medienwissenschaften wäre folglich ein nicht nur theoriepolitischer, sondern ein im Rancière'schen Sinne politischer Streit.

Natürlich birgt diese Argumentation die Gefahr, dass der Medienwissenschaft mangelnde Spezifizität vorgeworfen wird, wie es nicht nur der Wissenschaftsrat tut, sondern gerne auch die anderen, tradierten Disziplinen. Interessanter wäre jedoch der Versuch, gerade diese Unbestimmtheit als paradigmatischen Einsatz der Medienwissenschaft zu denken. Denn dann würde die Medienwissenschaft gerade lehren, dass es keine bestimmten Fragestellungen gibt, die ausschließlich von bestimmten Fächern und Experten geklärt werden können. Vielmehr würde sie das Milieu, die Bühne oder Szene liefern, in denen diese repräsentativen und hierarchischen Zuordnungen unterlaufen würden – und in diesem Sinne wäre sie politisch.

14 Vgl. die Studien zum Milieubegriff bei Georges Canguilhem, Das Lebendige und sein Milieu, in: ders., *Die Erkenntnis des Lebens*, Berlin (August) 2009, 233–279, sowie Gilbert Simondon, *Die Existenzweise technischer Objekte*, Zürich-Berlin (diaphanes) 2012. Diese Ansätze werden in der zeitgenössischen Medienwissenschaft vermehrt unter der Fragestellung einer Ökologie der Medien aufgegriffen, vgl. Erich Hörl, Tausend Ökologien. Der Prozess der Kybernetisierung und die Allgemeine Ökologie in: Diedrich Diederichsen, Anselm Franke (Hg.), *The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen*, Ausst.-Kat. Haus der Kulturen der Welt, Berlin (Sternberg Press) 2013, 121–130.

15 Vgl. hierzu die Diskussion von «Medialität» sowie der Medienwissenschaften als «Metawissenschaft» in Bergermann, Media mainstreaming?.